GENDER OPEN REPOSITORIUM

Luftloch oder Sturzflug? Sinkende Vertretung von Frauen in deutschen Parlamenten

Bieber, Ina

2020

https://doi.org/10.25595/3674

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bieber, Ina: *Luftloch oder Sturzflug? Sinkende Vertretung von Frauen in deutschen Parlamenten*, (2020), 98–109. DOI: https://doi.org/10.25595/3674.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i1.08

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

FORUM

Luftloch oder Sturzflug? Sinkende Vertretung von Frauen in deutschen Parlamenten

INA BIEBER

Die Entwicklungen waren positiv. Ob international, national, kommunal oder auf Ebene der Länder: Seit den 1980er Jahren hat sich der Frauenanteil in den Parlamenten erhöht (Inter-Parliamentary Union 2019). Dieser positive Trend erlebt in den letzten Jahren in Deutschland eine Kehrtwende. Bei der Bundestagswahl 2017 und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen 2019 stellte die Presse erschreckt fest, dass die Parlamente „männlicher" werden (DPA 2017a). Die Ursachensuche begann: Die CDU in Thüringen würde die Frauen marginalisieren (DPA 2017b), die Parteien würden ihren Kandidatinnen weniger zutrauen (Meyer/Hassenkamp 2019), das Wahlsystem habe eine Mitschuld (Tomik 2017), die männerlastige AfD sei verantwortlich (DPA 2019) und der Osten sei ohnehin ganz anders als der Westen (Schaefer 2019). Und in der Tat kann empirisch festgestellt werden, dass die Frauenanteile sowohl im Bundestag als auch in besagten Landtagen in jüngster Zeit gesunken sind (Abbildung 1). Im Bundestag sank die Rate um 5,7 Prozentpunkte auf derzeit 31,2% (Deutscher Bundestag 2020). Verglichen mit Brandenburg und Sachsen verzeichnet Thüringen, einst das Land mit dem höchsten Frauenanteil, einen besonders drastischen Verlust um 7,4 Prozentpunkte.

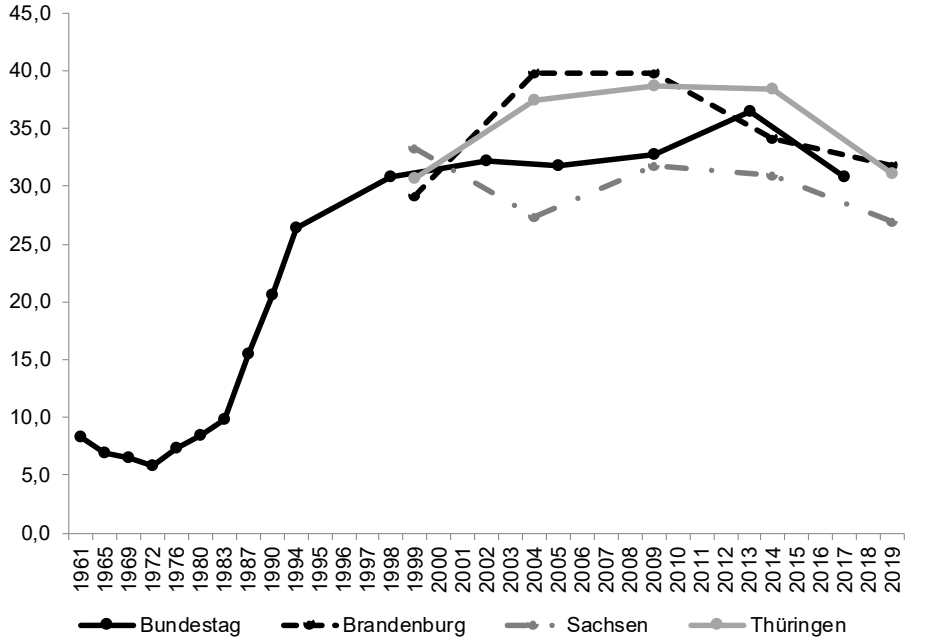
Aber die Verläufe über die Zeit in Abbildung 1 zeigen auch deutliche Unterschiede. Im Fall des Bundestags kann durchaus von einer Kehrtwende des Trends nach der Wahl 2017 gesprochen werden, da er zuvor von 1972 bis 2013 tendenziell steigende Frauenanteile aufwies. In den drei Landtagen zeigt sich jedoch ein anderes Bild: In Thüringen und Brandenburg war bei der Wahl 2004 ein Sprung nach oben zu beobachten (Thüringen: 37,5%; Brandenburg: 39,8%), während in Sachsen im gleichen Jahr deutlich weniger Frauen in den Landtag gewählt wurden (27,4%). Entgegen den Medienberichten sanken die Raten bereits vor den AfD-Erfolgen.

Diese empirischen Befunde legen nahe, dass die Entwicklung der Anteile weiblicher Parlamentarier in den Landtagen keinesfalls allgemeingültig oder monokausal betrachtet werden sollte. Vielmehr ist eine differenzierte Analyse der Wirkungsmechanismen verschiedener Faktoren und deren Kombination angemessen. Nachfolgender Artikel stellt sich dieser Aufgabe, indem die Repräsentation von Frauen und Männer bei den Landtagswahlen unter besonderer Fokussierung der Entwicklung im Osten betrachtet wird. Dabei wird auf die beiden gängigsten Erklärungsfaktoren – Parteiideologie und Wahlsystem – zurückgegriffen. Diese werden nachfolgend vorgestellt und ihr kombiniertes Wirkungspotenzial erläutert. Darauf aufbauend wird das

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i1.08

Forschungsdesign und die Datengrundlage vorgestellt, bevor dann die empirische Analyse erfolgt. Ein Fazit rundet den Artikel ab.

Abbildung 1: Entwicklung des Frauenanteils im deutschen Bundestag und in den Landtagen Brandenburg, Sachsen und Thüringen (in %)



Datenquelle: Bieber 2013; Eder und Fortin-Rittberger 2015; Statistische Landesämter und Landtage (auf Anfrage erhalten).

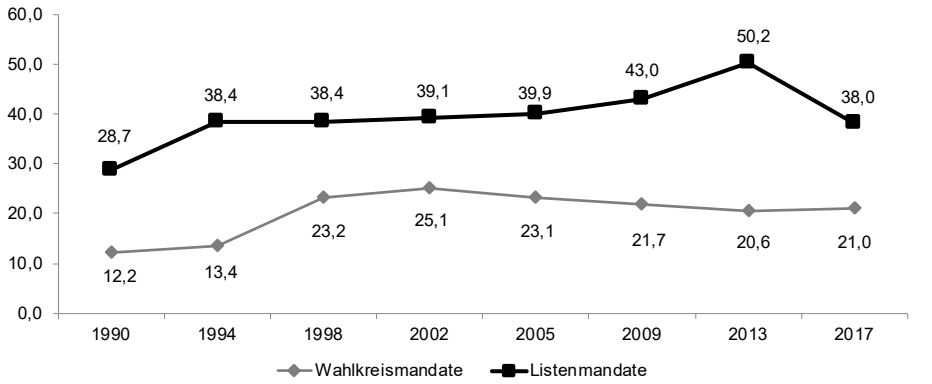
Parteiideologie und Wahlsystem

In der empirischen Repräsentationsforschung haben sich zwei Ansätze zur Erklärung von Geschlechterunterschieden in der Repräsentation etabliert (Fortin-Rittberger/Rittberger 2014; Schwindt-Bayer/Squire 2014; Thames 2017): (1) Die ideologische Ausrichtung der Parteien und (2) wahlsystematische Mechanismen. Sie liefern einzeln und in Kombination eine geeignete theoretische Basis bei der Suche nach Ursachen der beschriebenen Entwicklung.

Bezüglich der ideologischen Parteiausrichtung konnte beobachtet werden, dass die Repräsentationschancen von Frauen in Parteien des linken Spektrums deutlich höher sind als in Parteien des rechten Spektrums (Luhiste 2015; Siaroff 2000).[1] Dies kann nicht nur international (Caul 1999), sondern auch in der longitudinalen Perspektive für Deutschland beobachtet werden (Bieber 2013) und ist auf die ideologischen

Grundpositionen von linken und rechten Parteien (Gleichheit vs. Individualismus) und parteiliche Quotierungsregeln[2] zurückzuführen.
Bezüglich der wahlsystematischen Mechanismen konnte festgestellt werden, dass Frauen im Kontext von Verhältniswahlsystemen deutlich bessere Erfolgsaussichten haben als in Mehrheitswahlsystemen (Ballington 2005; Norris 2006; Reynolds 1999). Zurückgeführt wird dies u.a. auf unterschiedliche Nominierungsstrategien der Parteien: In Mehrheitswahlsystemen werden häufig die Personen erneut nominiert, die bereits zuvor nominiert waren (so genannter Amtsinhabereffekt, Schwindt-Bayer 2005), was den bestehenden Männerüberhang repliziert. Zudem können Geschlechterstereotype (Fox/Lawless 2004) dazu beitragen, dass Frauen in deutlich geringerem Maß in Wahlkreisen nominiert (werden wollen) und gewählt werden. In Deutschland wird bei Bundestagswahlen und zahlreichen Landtagswahlen mit dem so genannten personalisierten Verhältniswahlsystem mit geschlossener Parteiliste abgestimmt, welches sowohl Elemente von Mehrheits- als auch Verhältniswahlsystemen beinhaltet. Mit der Erststimme werden Direktmandate in Wahlkreisen im Majorzverfahren gewählt, d.h. der Kandidierende mit den meisten Stimmen erhält das Mandat. Mit der Zweitstimme wird für eine Kandidat/innenliste votiert, auf dessen Basis die Verteilung der Sitze insgesamt fußt (Behnke 2007).[3] Studien zeigen, dass Frauen auf Bundesebene auch in Deutschland höhere Chancen für ein Mandat über das Element der Verhältniswahl (Liste) im Vergleich zur Mehrheitswahl (Wahlkreis) haben (Bieber 2013), was in Einklang mit internationalen Ergebnissen steht (Matland 2005). Abbildung 2 zeigt die Frauenanteile an Wahlkreis- und Listenmandaten im Längsschnitt.

Abbildung 2: Frauenanteile bei Bundestagswahlen seit 1990 nach Mandatstyp (in Prozent)



Datenquelle: Bieber 2013, 2017: eigene Berechnung.

Die Frauenanteile an Wahlkreismandaten haben sich seit 1998 kaum verändert. Noch immer erhält nur ca. jede fünfte Frau einen Sitz im Bundestag über den Wahlkreis. Neben den allgemein schlechteren Chancen von Frauen, in Wahlkreisen nominiert und gewählt zu werden, ist 2017 zudem ein starker Einbruch der Listenmandate um gute 12,2 Prozentpunkte von 50,2% auf nur noch 38,0% zu beobachten. Wie ist das zu erklären?
Die These dieses Artikels lautet, dass eine doppelte Dynamisierung stattgefunden hat, die in ihrer Kombination die sinkenden Frauenanteile in den Landesparlamenten allgemein und im Spezifischen in Ostdeutschland erklären kann. Mit der Etablierung der AfD ist es nicht nur zu einer parteilichen Verschiebung der Mandate insgesamt gekommen, sondern auch zu einer diametralen Verschiebung von Listen- und Wahlkreismandaten. Die bisher verstärkt von den kleinen Parteien gewonnenen Listenmandate müssen im Westen nun mit der männerdominierten AfD geteilt werden. Die Schwächung der SPD hat zudem im Westen dazu beigetragen, dass Direktmandate verstärkt von der Union gewonnen werden und auch hier häufiger Männer zum Zuge kommen. Im Osten ist die AfD groß genug, um nicht nur Listenmandate zu gewinnen, sondern konkurriert mit der CDU um Direktmandate. Das geht nicht nur auf Kosten der SPD, sondern auch der Linken.

Daten und Methoden

Nachfolgend wird sowohl der aktuelle Stand (Dezember 2019) als auch die Entwicklung der Frauenrepräsentation auf Landesebene betrachtet, weshalb sowohl die aktuelle als auch die vergangene Wahl betrachtet und ins Verhältnis gesetzt werden. Dies ermöglicht es, Veränderungen vor 2015 – also vor dem Erstarken der AfD – und danach zu analysieren.
Datengrundlage der Analysen bildet die Repräsentation von Frauen in allen Landtagen in absoluten Zahlen differenziert nach Parteizugehörigkeit und – soweit möglich – Wahlsystemspezifikation (d.h. Direkt- oder Listenmandat).[4]

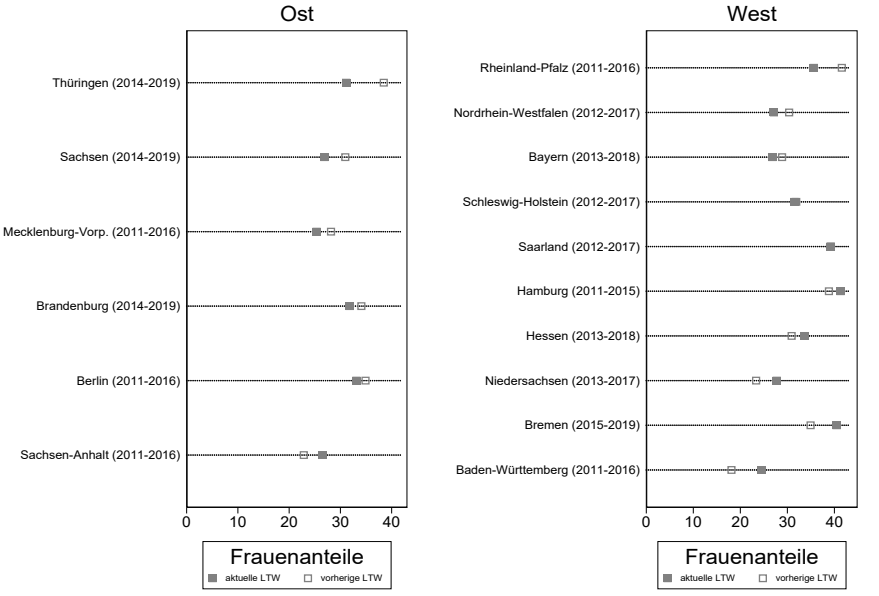
Ergebnisse

Allgemeiner Überblick und Ost-West-Vergleich

Betrachtet man den Frauenanteil insgesamt in allen Landtagen, so hat sich dieser kaum verändert. Während aktuell 30,7% (insgesamt 573 Frauen) in den Landtagen sitzen, waren es in den vorherigen Parlamenten 31,0% (577 Frauen). Die Frauenanteile variieren jedoch zwischen den verschiedenen Bundesländern. Es gibt Bundesländer mit sehr hohen Frauenanteilen (Bremen, Hamburg) und mit sehr niedrigen Anteilen (z.B. Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern). In Abbildung 3 sind die Frauenanteile in den Parlamenten der verschiedenen Bundesländer zum aktuellen und zum Zeitpunkt der vorherigen Landtagswahl dargestellt. Grund-

sätzlich ist hier in neun der sechzehn Bundesländer ein Rückgang und in sechs eine (leichte) Erhöhung zu beobachten.

Abbildung 3: Frauenanteile in Landesparlamenten (aktuell und vorherige) differenziert nach Ost-West-Zugehörigkeit (in Prozent)



Datenquelle: Bieber 2013, 2017: eigene Berechnung.

Die Ost-West-Darstellung zeigt zudem, dass die Frauenanteile in den Parlamenten von fünf der sechs östlichen Bundesländer gesunken sind, während dies nur in vier der zehn Parlamente der westlichen Länder der Fall ist.[5] Doch können diese Differenzen durch parteiliche Unterschiede erklärt werden?

Parteiliche Unterschiede

Von der vorherigen zur aktuellen Wahl hat insgesamt eine starke Mandatsverschiebung zugunsten der AfD stattgefunden: Die AfD konnte zusätzlich zu ihren bei vorherigen Wahlen gewonnenen 40 Mandaten 235 Mandate hinzugewinnen. Große Verlierer sind die Unionsparteien und die SPD (Union: -99 Mandate; SPD: -126 Mandate). Auch die Linke büßte Mandate ein. Die FDP konnte insgesamt 49 Mandate hinzugewinnen, ebenso wie die Grünen (+7 Mandate). Doch welchen Einfluss hatten diese Mandatsverschiebungen auf die Frauenanteile innerhalb der Parteien?

Tabelle 1 zeigt diese für Deutschland und im Ost-West-Vergleich. Spalte 2 und 3 bestätigen die in Kapitel 2 dargestellten parteilichen Links-Rechts-Unterschiede auf Landesebene. Betrachtet man die zeitliche Dimension und differenziert zwischen dem Frauenanteil in den aktuellen und den vorherigen Landtagen, so kann mit Ausnahme der AfD beobachtet werden, dass der Frauenanteil in allen Parteien bei der aktuellen Wahl etwas höher ausfällt als zuvor. Während die SPD sogar eine Steigerungsrate von 5,3 Prozentpunkten aufweist, sinkt die Rate bei der AfD von 17,5% auf 12,0%. Bereits dieses Ergebnis deutet auf die zentrale Stellung der AfD für die Erklärung des Phänomens hin.

Tabelle 1: Frauenanteile in Parteien Landesparlamenten (aktuell und vorherige) differenziert nach Gesamt und Ost-West-Zugehörigkeit (in Prozent)

Parteien	Deutschland			Östliche Bundesländer			Westliche Bundesländer		
	aktuell	zuvor	*Differenz*	aktuell	zuvor	*Differenz*	aktuell	zuvor	*Differenz*
Union	21,2	20,8	*0,4*	18,4	17,9	*+0,4*	22,3	22,1	*+0,2*
SPD	38,5	33,2	*5,3*	38,5	31,9	*+6,6*	39,5	33,7	*+5,8*
FDP	21,7	21,1	*0,6*	23,5	–	–	21,4	21,1	*+0,3*
Die Grünen	50,4	49,0	*1,4*	52,5	53,8	*-1,3*	49,7	47,2	*+2,5*
Die Linke	53,5	51,5	*2,0*	52,3	50,0	*+2,3*	56,8	58,1	*-1,3*
AfD	12,0	17,5	*-5,5*	11,9	19,4	*-7,5*	12,1	0,0	*+12,1*
Alle Parteien	30,7	31,0	*-0,3*	29,6	31,7	*-2,1*	31,3	30,6	*+0,7*

Datenquelle: Statistische Landesämter und Landtage (auf Anfrage erhalten): eigene Berechnungen.

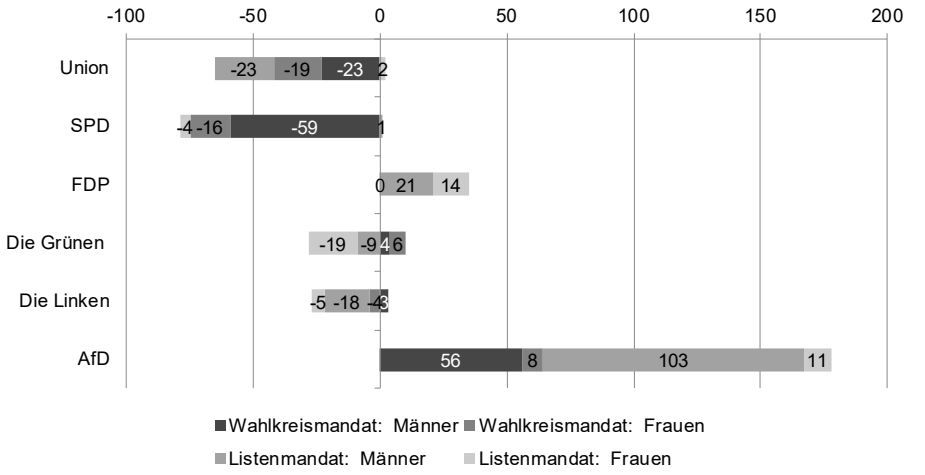
Die differenzierte Ost-West-Betrachtung zeigt zusätzlich, dass der Frauenanteil insgesamt in den gegenwärtigen ostdeutschen Parlamenten mit 29,6% etwas niedriger ausfällt als im Westen (31,3%), was bei der vorherigen Wahl noch in umgekehrter Weise der Fall war. Aktuell zeigt sich, dass insbesondere der Frauenanteil der Union, der SPD, der Linken und der AfD im Westen höher als im Osten ist.
Betrachtet man noch zusätzlich den Unterschied zwischen aktueller und vorheriger Wahl, so fällt auf, dass die Frauenanteile im Westen in allen Parteien mit Ausnahme der Linken angestiegen (insgesamt um 0,7 Prozentpunkte), im Osten jedoch um 2,1 Prozentpunkte gesunken sind. Zurückzuführen ist dies weniger auf die Unionsparteien und die SPD, die im Westen wie im Osten Zuwächse zu verzeichnen haben. Geringere Frauenanteile im Vergleich zur vorherigen Wahl weisen die Grünen und die AfD im Osten auf. Während die Unterschiede der Grünen verhältnismäßig gering ausfallen, liegen sie bei der AfD bei minus 7,5 Prozentpunkte. Dies ist ein weiteres Indiz, dass die AfD eine Schlüsselrolle bei den sinkenden Frauenanteilen im Osten spielt. Anschließend stellt sich die Frage, welche Rolle neben der Parteiideologie wahlsystematische Unterschiede spielen.

Kombination von Parteienideologie und wahlsystematische Regelungen

Das personalisierte Verhältniswahlsystem in Deutschland bietet die Möglichkeit, die oben beschriebenen Unterschiede von Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen vergleichend zu analysieren. Unter quasi-experimentellen Bedingungen kann die Wirkungsweise der Wahlregelungen untersucht werden, was den Vorteil hat, dass die Effekte unter Konstanthaltung der Kontextfaktoren untersucht werden können. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass in den betrachteten Fällen mittels personalisierter Verhältniswahlsysteme mit geschlossenen Listen gewählt wird, weshalb in den nachfolgenden Analysen nur entsprechende Bundesländer berücksichtigt werden können.[6]

Zunächst zeigt Abbildung 4 die Bilanz an gewonnenen und verlorenen Wahlkreis- und Listenmandaten nach Partei und Geschlecht. Das Resultat der Union und der SPD fällt bei Männern sowie Frauen negativ aus: Beide Parteien haben eine Vielzahl Wahlkreise geschlechterübergreifend verloren. Eine positive Wahlkreisbilanz kann dagegen bei den Grünen und der AfD sowohl bei Frauen wie bei Männern beobachtet werden. Die Linken haben insgesamt weibliche Wahlkreismandate verloren und männliche dazugewonnen.

Abbildung 4: Bilanz an gewonnenen und verlorenen Wahlkreis- und Listenmandaten nach Partei und Geschlecht (absolute Mandate)

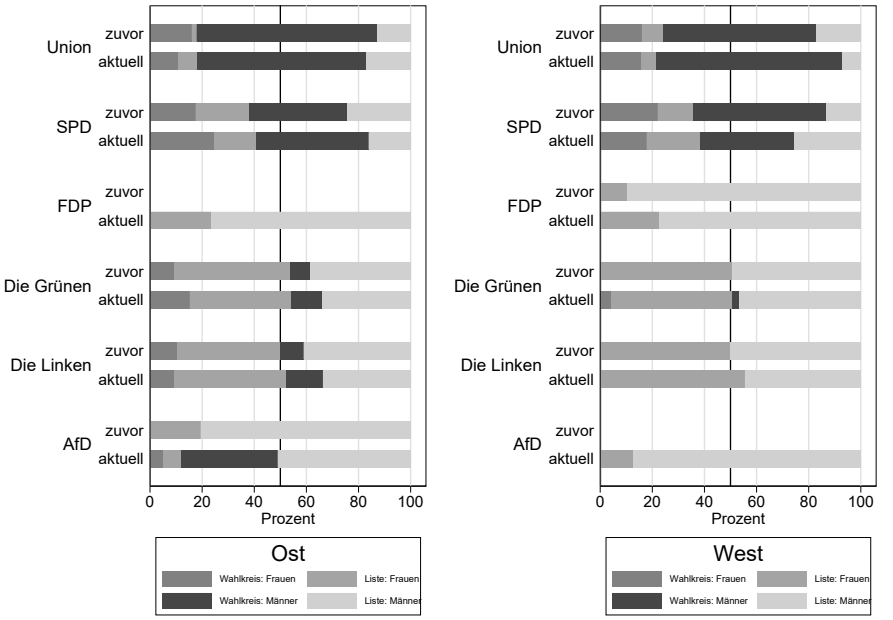


Datenquelle: Statistische Landesämter und Landtage (auf Anfrage erhalten); eigene Berechnungen.

Die Betrachtung der Listenmandate zeigt, dass Männer in den Unionsparteien, bei den Grünen und den Linken eine negative Bilanz aufweisen, während diese bei AfD und FDP positiv ausfällt. Das Ergebnis der Listenmandate fällt bei allen drei eher im linken Spektrum zu verortenden Parteien negativ aus, während sie bei den Parteien im rechten Spektrum tendenziell höher ausfallen. Somit zeigen sich in absoluten

Zahlen Veränderungen, jedoch bleibt unklar, wie stark sich die Geschlechteranteile verändert haben und welche Rolle die Ost-West-Differenzierung spielt.
Abbildung 5 zeigt für jede Partei die Frauen- sowie Männeranteile an gewonnenen Listen- und Wahlkreismandaten. Differenziert wird zudem zwischen Ost-West-Zugehörigkeit und vorheriger und aktueller Wahl, um die Veränderungen unter besonderer Berücksichtigung des Ostens bewerten zu können.
Zunächst zur Union im Osten: Hier sind nur geringfügige Unterschiede in zeitlicher Dimension zu beobachten. Der Frauenanteil insgesamt ist nahezu gleich hoch. Jedoch wurden bei der aktuellen Wahl weniger Wahlkreismandate und mehr Listenmandate von beiden Geschlechtern gewonnen. Im Westen hat sich dagegen der Frauenanteil in der Union leicht verringert. Auffällig ist dabei der immense Anstieg an gewonnenen männlichen Wahlkreismandaten, wobei der Frauenanteil an gewonnenen Wahlkreisen nahezu gleichbleibend ist. Einbußen an Listenmandaten konnten bei den Frauen und insbesondere bei den Männern beobachtet werden (von 16,2% auf 7,2%). Eine Ursache der sinkenden Frauenanteile der Union im Westen scheint somit der verstärkte Gewinn von männlichen Wahlkreismandaten zu sein. Mit steigender Anzahl an Wahlkreismandaten sinkt der Anteil an Frauen innerhalb der Union.

Abbildung 5: Anteil an Wahlkreis- und Listenmandaten nach Geschlecht, Partei und Ost-West-Zugehörigkeit (in Prozent)



Datenquelle: Statistische Landesämter und Landtage (auf Anfrage erhalten); eigene Berechnungen.

Bei der SPD ist in Westdeutschland ein steigender Frauenanteil zu beobachten. Im Osten hat sich prozentual der Anteil an Wahlkreismandaten beider Geschlechter erhöht; im Westen dagegen verringert. Entgegengesetzt zum Wahlkreis verhält es sich bei den Listen. Hier ist der Anteil an SPD-Mandaten insgesamt im Westen gestiegen und im Osten gesunken. Bei der SPD im Osten zeigt sich somit, dass ein steigender Anteil an Direktmandaten nicht zwangsläufig mit sinkenden Frauenanteilen verbunden sein muss. Gleichermaßen ist im Westen zu erkennen, dass die SPD in den Landesparlamenten immer stärker die Rolle der zweiten großen Partei verliert und weniger Direktmandate gewinnt. Das Verhältniswahlsystem führt dazu, dass die SPD ihre Mandate verstärkt über die Listen generiert. Positiv ist im Falle der SPD anzumerken, dass trotz sinkender Mandatszahlen die Frauenanteile an Wahlkreis- sowie Listenmandaten steigen.
Die FDP gewann ihre Mandate ausschließlich über die Liste. Im Westen zeigt sich, dass sich der Frauenanteil der über die Listen gewonnenen Mandate von 10,4% auf 22,7% erhöht hat. Erklärt werden kann der niedrige Frauenanteil jedoch auch mit den geringen FDP-Mandatsanteilen Anfang/Mitte der 2010er Jahre. Im Osten war die FDP „zuvor" in keinem Bundesland vertreten.
Bei den Grünen ist der Frauenanteil mit 50% in etwa gleichgeblieben. Es fällt auf, dass ihre Anteile an Direktmandaten bei Frauen und Männern im Osten wie Westen gestiegen sind. Ähnlich wie bei der SPD zeigt sich auch bei den Grünen, dass Wahlkreiserfolge von Frauen möglich sind und sogar die männlichen Anteile übersteigen können.
Bei den Linken im Osten ist zu beobachten, dass der Anteil an Wahlkreismandaten bei den Männern gestiegen und bei den Frauen gleichgeblieben ist. Insgesamt zeigt sich bei den aktuellen Wahlen im Osten, dass der Anteil an männlichen Wahlkreismandaten etwas höher ist als an weiblichen. Die Frauen verzeichnen dagegen Zuwächse bei den Listenmandaten. Im Westen werden die Mandate der Linken ausschließlich über Listenmandate gewonnen.
Schließlich zeigt sich bei der AfD im Osten, dass v.a. Männer die Wahlkreismandate gewonnen haben. Dieser massive Gewinn an männlichen Wahlkreismandaten seitens der AfD erklärt im Osten einen weiteren Teil der sinkenden Frauenanteile. Im Westen können nur die aktuellen Werte dargestellt werden, da die AfD in keinen der betrachteten Landtage bei der Wahl „zuvor" gewählt wurde. Hier ist es der AfD bisher nur gelungen, Listenmandate zu gewinnen, wobei auch hier auf die sehr niedrigen Repräsentationsraten von Frauen von 12,7% hinzuweisen ist.

Luftloch oder Sturzflug

Befinden sich die parlamentarischen Frauen aktuell in einem Luftloch oder in einem Sturzflug – so die zentrale Frage dieses Aufsatzes. Die Antwort lautet: weder noch. Zwar konnte in verschiedenen Parlamenten von 2015 bis heute eine mehr oder weniger deutliche Verringerung des Frauenanteils beobachtet werden. Dieses übergreifende Phänomen als Luftloch zu bezeichnen, wäre jedoch zu kurz gegriffen. Dies

würde nicht zuletzt bedeuten, dass sich der Frauenanteil bei zukünftigen Wahlen wieder erholen und ein ähnliches Niveau wie zuvor aufweisen würde. Davon ist aktuell nicht auszugehen, da die Veränderungen – wie gezeigt – struktureller Natur sind und durch eine doppelte Dynamisierung der Mandatsverteilung entstanden sind. Diese sind einerseits auf die verstärkte Vertretung der AfD, und andererseits durch die dadurch bedingte Verschiebung von Wahlkreis- und Listenmandaten zu erklären. Doch ist dabei von einem Sturzflug auszugehen? Nein, auch das nicht. Sollte der Anteil der rechten Parteien in den Parlamenten gleichbleiben, ist auch von keinem Sturzflug auszugehen. Viel wahrscheinlicher ist, dass sich die Frauenanteile auf diesem Niveau einpendeln werden.

Dieser Artikel bestätigt somit einmal mehr zentrale Erkenntnisse der Repräsentationsforschung: Parteien des linken Spektrums und Verhältniswahlsysteme führen zu höheren Frauenanteilen in den Parlamenten. Somit sind weiterhin zwei Stellschrauben für eine Erhöhung des Frauenanteils zentral: (1) parteiliches Nominierungsverhalten dahingehend, dass Frauen verstärkt auf erfolgsversprechenden Listen- und v.a. Wahlkreisplätzen aufgestellt werden und (2) Regelung der Wahlsysteme, indem die mehrheitliche Komponente gestrichen bzw. abgeschwächt und die verhältnismäßige Komponente gestärkt wird.

Doch wie langsam die Mühlen bei der Veränderung von Wahlrechtsregelungen zur Förderung von Frauen mahlen und hier auch Parteien des linken Spektrums Durchsetzungsprobleme haben, zeigt sich besonders exemplarisch am Fall Baden-Württemberg. Wahlrechtlich wird bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg die Anzahl der Mandate pro Partei zwar nach den Grundsätzen der Verhältniswahl ermittelt. Die Zuteilung der Mandate erfolgt jedoch über Kandidaturen in Wahlkreisen nach dem Mehrheitsprinzip[7], was die niedrigen Frauenanteile im Baden-Württembergischen Landtag erklären kann (Bieber 2014). Weder der grün-roten-Regierung (2011-2016) noch der amtierenden grün-schwarzen Regierung ist es bisher gelungen, das Wahlsystem dahingehend zu ändern, dass die mehrheitliche Komponente bei der Mandatsverteilung geringeren Einfluss hat.

Anmerkungen

1 Der Einteilung der Parteien entlang eines Links-Rechts-Schemas liegt eine Ordnungs- und Kommunikationsfunktion zugrunde, die versucht die politische Komplexität zu reduzieren und den Bürger/innen Orientierung in einer vielfältig und schnell wandelnden Welt zu geben. Mit dem Begriff „links" wird der generelle gesellschaftliche Wert „Gleichheit" verknüpft, was auch erklären kann, warum sich der Gleichheitsgedanke im Nominierungsverhalten der linken Parteien widerspiegelt, während der Begriff „rechts" mit „Individualismus" konnotiert ist und daher dieser im Nominierungsverhalten weniger bedeutend ist (vgl. hierzu auch Bobbio 2006; Fuchs/Klingemann 1989).

2 In Deutschland haben mit Ausnahme der AfD und der FDP alle Parteien Frauenquoten bzw. Frauenquoren (SPD: 40%, CDU: 1/3; CSU: 40%, Die Grünen/Die Linken: 50%) (Davidson-Schmich 2016).

3 Ausnahmen bilden hier Baden-Württemberg, Bayern, Bremen und Hamburg. Sie wählen die Repräsentanten im Landtag mit einer offenen Listenwahl. Die Wähler/innen haben hier ein

bis zehn Stimmen, die teils über geschlossene und teils über offene Wahlsysteme verteilt werden können.

4 Da diese Daten nur in einigen Bundesländern online abrufbar sind, wurden die Landeswahlleiter/innen aller Bundesländer per E-Mail angeschrieben und um die Listen der gewählten Bewerber/innen der aktuellen und vorherigen Landtage differenziert gebeten. Dankenswerterweise kamen alle Landeswahlleiter/innen der Bitte nach, sodass Informationen von allen aktuellen und vorherigen Landtagen vorlagen. Die methodische Vorgehensweise wird im Rahmen der Ergebnispräsentation beschrieben.

5 Berlin wurde der Kategorie „Ost" zugeordnet.

6 Ausgeschlossen von den Analysen werden daher Baden-Württemberg, Bayern, das Saarland, Bremen und Hamburg.

7 70 Mandate werden über die relative Mehrheitswahl in den Wahlkreisen vergeben. Die restlichen 50 Sitze bekommen diejenigen Personen in der Reihenfolge der relativen Stimmenanteile an den Stimmzahlen aller Wahlbewerber/innen.

Literatur

Ballington, Julie, 2005: Introduction. In: Ballington, Julie/Karam, Azza (Hg.): Women in Parliament: Beyond Numbers. Stockholm, 23-32.

Behnke, Joachim, 2007: Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland. Logik, Technik und Praxis der Verhältniswahl. Baden-Baden.

Bieber, Ina, 2014: Wann werden Frauen gewählt? Veranstaltung zum Internationalen Frauentag im Landtag. Landtag Baden-Württemberg. Stuttgart, 19.03.2014. Online verfügbar unter https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/aktuelles/begegnungen/2014-03-19_02/Bieber.pdf (09.03.2020).

Bieber, Ina E., 2013: Frauen in der Politik. Einflussfaktoren auf weibliche Kandidaturen zum Deutschen Bundestag. Wiesbaden.

Bobbio, Noberto, 2006: Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung. Regensburg.

Caul, Miki, 1999: Women's Representation in Parliament: The Role of Political Parties. In: Party Politics. 5 (1), 79-98.

Davidson-Schmich, Louise, 2016: Gender quotas and democratic participation: Recruiting CandiDates for Elective Offices in Germany. Michigan.

Deutscher Bundestag, 2020: Abgeordnete in Zahlen: Frauen und Männer. Berlin. Internet: https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner-529508 (30.01.2020).

DPA, 2017a: Größer, männlicher, bunter: Das ist der neue Bundestag. In: Stuttgarter Zeitung vom 24.10.2017. Internet: https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-groesser-maennlicher-bunter-das-ist-der-neue-bundestag-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-171024-99-574772 (30.01.2020).

DPA, 2017b: Wenige Frauen im Bundestag: Was sind die Ursachen und was die Folgen? In: Südkurier 2017, 03.11.2017. Internet: https://www.suedkurier.de/ueberregional/politik/Wenige-Frauen-im-Bundestag-Was-sind-die-Ursachen-und-was-die-Folgen;art410924,9479924 (30.01.2020).

DPA, 2019: AfD als Partei von Männern für Männer: Nur die härtesten Frauen kommen durch. In: Merkur vom 03.04.2019. Internet: https://www.merkur.de/politik/afd-als-partei-von-maennern-fuer-maenner-nur-haertesten-frauen-kommen-durch-zr-9635568.html (09.02.2020).

Eder, Christina/**Fortin-Rittberger**, Jessica, 2015: Women and Parties in German Assemblies (WaP), 2015. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5990.

Fortin-Rittberger, Jessica/**Rittberger**, Berthold, 2014: Do Electoral Rules Matter? Explaining National Differences in Women's Representation in the European Parliament. In: European Union Politics. 15 (4), 496-520.

Fox, Richard L./**Lawless**, Jennifer L., 2004: Entering the Arena? Gender and the Decision to Run for Office. In: American Journal of Political Science. 48 (2), 264-280.

Fuchs, Dieter/**Klingemann**, Hans-Dieter, 1989: Das Links-Rechts-Schema als politischer Code. Ein interkultureller Vergleich auf inhaltsanalytischer Grundlage. In: Haller, Max/Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim/Zapf, Wolfgang (Hg.). Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988, Frankfurt am Main, 484-498.

Inter-Parliamentary Union, 2019: New Parline: the IPU's Open Data Platform (beta). Internet: https://data.ipu.org/compare?field=chamber%3A%3Acurrent_women_percent&structure=any__lower_chamber#map (10.01.2020).

Luhiste, Maarja, 2015: Party Gatekeepers' Support for Viable Female Candidacy in PR-List Systems. In: Politics & Gender. 11 (1), 89-116.

Matland, Richard E., 2005: Enhancing Women's Political Participation: Legislative Recruitment and Electoral Systems. In: Julie Ballington/Karam, Azza (Hg.): Women in Parliament: Beyond Numbers. Stockholm, 93-111.

Meyer, Robert/**Hassenkamp**, Milena, 2019: Herrenwahl. In: Spiegel Online 2019 vom 04.09.2019. Internet: https://www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsen-und-brandenburg-warum-jetzt-weniger-frauen-in-den-landtagen-sitzen-a-1285026.html (30.01.2020).

Norris, Pippa (2006): Electoral engineering. Voting rules and political behavior. Reprinted. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Reynolds, Andrew, 1999: Women in the Legislative and Executive of the World: Knocking at the Highes Glass Ceiling. In: World Politics. 51 (4), 547-572.

Schaefer, Anke, 2019: Tickt der Osten anders? In: Deutschlandfunk Kultur vom 20.08.2019. Internet: https://www.deutschlandfunkkultur.de/afd-vor-den-wahlen-tickt-der-osten-anders.2950.de.html?dram:article_id=456778 (09.02.2020).

Schwindt-Bayer, Leslie/**Squire**, Peverill, 2014: Legislative Power and Women's Representation. In: Politics & Gender. 10 (04), 622-658.

Schwindt-Bayer, Leslie A., 2005: The Incumbency Disadvantage and Women's Election to Legislative Office. In: Electoral Studies. 24 (2), 227-244.

Siaroff, Alan, 2000: Women's Representation in Legislatures and Cabinets in Industrial Democracies. In: International Political Science Review. 21 (2), 197-215.

Thames, Frank C., 2017: Understanding the Impact of Electoral Systems on Women's Representation. In: Politics & Gender. 13 (03), 379-404.

Tomik, Stefan, 2017: Die Frauen und die Politik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (Online) 2017, 22.09.2017. Internet: https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/weniger-frauen-im-neuen-bundestag-15209889.html (30.01.2020).